

Rote Hilfe



Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen, vorwärts, nie vergessen, die SOLIDARITÄT!

Verfassungsgericht verschärft Berufsverbote!

Weit über 1.000 Berufsverbote hat der Staat bereits gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes, insbesondere gegen Lehrer, ausgesprochen, weil sie nicht "die Gewähr dafür bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten". Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt in einem faschistischen Grundsatzurteil die politischen Pflichten der Beamten erläutert: "Die politische Treuepflicht fordert mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung... Vom Beamten wird erwartet, daß er diesen Staat und seine Verfassung als einen hohen positiven Wert erkennt und anerkennt, für den einzutreten sich lohnt."

Für die Lehrer bedeutet das, daß sie den Schülern angesichts der Arbeitslosigkeit ihrer Väter die Vorzüge der "freien Marktwirtschaft" klarzumachen haben, daß sie angesichts des Polizeiterrors gegen die Werktätigen wie z.B. in Wyhl gegen die "Terroristen" zu wettern und den Kindern die Polizei als ihren Freund und Helfer hinzustellen haben. Wo sich aber der Protest der Schüler nicht ganz unterdrücken läßt, wie z.B. gerade jetzt, wo tausende Lehrerstellen gestrichen wurden, obwohl so schon viel Unterricht ausfällt und die Klassen zu groß sind, wo sich dieser Protest von Schülern und Eltern in Schulstreiks bereits ausdrückte - da soll ein pflichtbewußter Lehrer alles tun, um den Protest der Schüler in friedlichen Bahnen verpuffen zu lassen, etwa durch einen Schulaufsatz zum Thema: "Wie ich mir die Schule der Zukunft vorstelle". Solche Lehrer brauchen die Kapitalisten, die die Schüler von heute zu den willigen Arbeitssklaven von morgen erziehen.

Wer aber als Lehrer diesen Schwindel nicht mitmacht, wer den Schülern die Wahrheit über diesen Staat sagt und ihnen auch den Ausweg zeigt: den Kampf für den Sozialismus, der allein der Jugend eine Zukunft bietet, oder wer auch nur eine "innerlich distanzierte Haltung" gegenüber dem Staat einnimmt - der fliegt. Der wird notfalls auch mit der Polizei gewaltsam aus der Schule geprügelt wie der revolutionäre Lehrer Gerd Heide in Hamburg. Denn kampfflos gehen die Berufsverbote nicht über die Bühne. Weil gerade die kommunistischen Lehrer aus ihrer Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse heraus sich bemühen, den Kindern etwas beizubringen, sind sie bei Schülern und Eltern gleichermaßen beliebt. Ein Beispiel dafür ist Marianne Schmidt, die Frau des wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 72 inhaftierten Genossen Schorsch Schmidt. Als ihr mit Berufsverbot gedroht wurde, besuchte sie die Eltern ihrer Schüler und erzählte ihnen davon und von der Verhaftung ihres Mannes. Ohne auch nur eine Ausnahme waren sämtliche Eltern sehr empört.

Die Eltern versicherten ihr, sie zu unterstützen, damit sie weiter unterrichten kann. Fast jeden Tag kommt seither ein anderes Kind in der Schule zu ihr (obwohl sie bei den meisten keinen Unterricht mehr hat, weil man ihr ihre Klasse weggenommen hat) und läßt sie ein. Auch drei von ihren zehn Kollegen boten ihr aktive Unterstützung an.

Solidarität von Eltern und Schülern

Durch solche Solidarität konnte jetzt in Reutlingen ein Sieg im Kampf gegen das Berufsverbot errungen werden. Der kommunistische Lehrer Horst Groos mußte vorerst wieder eingestellt werden. 2.000 Unterschriften für seine Wiedereinstellung waren dort von der Ortsgruppe der RHD, der KPD/ML, der Roten Garde und dem

Polizeikontrollen mit Maschinenpistole - RUHE BEWAHREN ?

Bei Kontrollen die Ruhe bewahren

Münster. Die Gewaltakte der letzten Monate gegen Polizeibeamte haben diese zu einer verstärkten Eigensicherung beim Einschreiten gezwungen. Hierauf hat der Pressesprecher der GdP-Kreisgruppe der LPB Münster, Bernhard Neuser, in einer Erklärung hingewiesen. Bernhard Neuser richtete an die Bürger in diesem Zusammenhang den Appell, bei Kontrollen Ruhe und Gelassenheit zu zeigen. In besonders kritischen Situationen (nächtliche Kontrollen in abgelegenen Gebieten) emp-

fieht es sich, keine unbedachten Bewegungen, kein Aufbrausen und vor allem keine Fluchtversuche zu unternehmen.

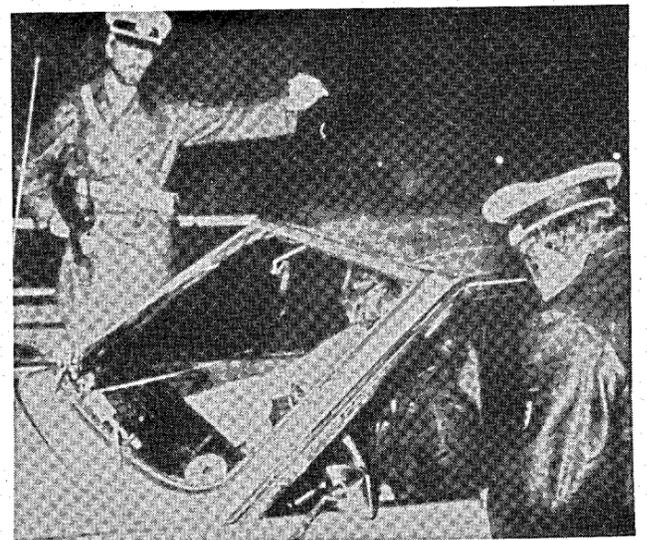
Neuser wörtlich: „Niemand, der in eine Fahndungskontrolle gerät und nun Maschinenpistolen sieht, soll in Angst und Schrecken verfallen. Der Bürger hat in der Regel nichts zu verbergen und schon gar keine Veranlassung, dem Haltezeichen der Polizei nicht zu folgen. Wenn er getrunken hat, muß er es eben durchstehen. Das Ergebnis von Fehlreaktionen durch unbedachte Handlungen auf beiden Seiten wäre weitaus schlimmer.“

Das ist die offene Drohung mit dem Gebrauch der Schußwaffe gegen die Bevölkerung. Wie sehen denn solche "kritischen Situationen" oft aus? Da tauchen im Dunkeln zwei Gestalten mit vorgehaltener Maschinenpistole auf und zwingen dich anzuhalten. Du denkst vielleicht an einen Überfall und gibst Gas - schon krachts. Ja selbst wenn man die Typen als Polizisten erkennt, ist es blanker Zynismus, keine "unbedachten Bewegungen" zu fordern. Es sind ja schließlich genügend Fälle bekannt, wo Werktätige in solchen Fällen ihr Leben ließen. So wurde der junge Duifhuis aus Duisburg erschossen, nachdem er bei Rot über die Ampel gefahren war. Er hatte einen

Komitee gegen Berufsverbote gesammelt worden. Eine Dokumentation wurde breit verkauft. Sechs Eltern verfaßten auf einer Versammlung eine Resolution für die Wiedereinstellung, für die sie unter den übrigen Eltern weitere Unterschriften sammeln. So wie bei Horst Groos kann und muß der Kampf überall geführt werden. Die RHD steht jedem Lehrer und sonstigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes zur Seite, der wegen seines Eintretens für die Interessen der Werktätigen und für den Sozialismus gemäßregelt wird. Das Beispiel aus Reutlingen zeigt: SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN! WEG MIT DEN BERUFSVERBOTEN!

Als Enver Hoxha, der heutige Vorsitzende der Partei der Arbeit Albaniens, vor der Befreiung seines Landes noch Lehrer in Korca war, versammelte er häufig an Nachmittagen eine ganze Schar von Kindern armer Leute um sich und erteilte ihnen Nachhilfeunterricht. Gefragt, warum er sich mit diesen Kindern abgebe, antwortete er: Diese Kinder werden einmal, nach der Befreiung unseres Landes, unser Land regieren, seine Wirtschaft und Kultur, die vom Faschismus zerstört wird, aufbauen. Darum ist es wichtig, daß sie viel lernen. Genau wie damals die faschistischen Besatzer Albaniens Enver Hoxha vom Schuldienst entfernten, so fürchtet die herrschende Klasse auch bei uns die Lehrer, die in den Arbeiterkindern die künftigen Herren unseres Landes sehen und sie dazu erziehen.

ken Gegenstand" aus der Tasche gezogen - es war ein Schlüsselbund! Keiner der Mörder in Uniform wurde jemals ernsthaft bestraft. Aber Straffreiheit genügt der Bourgeoisie noch nicht. Damit die letzten Hindernisse fallen, den Kämpfen der Werktätigen mit blutigem Terror zu begegnen, ist jetzt ein



Gesetz geplant, nachdem der "gezielte Todesschuß" für Polizisten ausdrücklich erlaubt wird. Aber die Werktätigen werden auf diese Pläne nicht mit "Ruhe und Gelassenheit" reagieren, sondern mit noch größerem Haß auf die Mörder in Uniform und ihre Hintermänner.

Interview mit Genosse Gernot Schubert

'Eine Zensur findet nicht statt - nur wenn der Staat sie dringend nötig hat'

Am 3.9. beginnt in Dortmund vor dem Amtsgericht ein Prozeß gegen den Verleger des Roten Morgen und die verantwortliche Redakteurin. Es ist eines in einer Reihe von Verfahren, die die bürgerliche Klassenjustiz in der letzten Zeit gegen den Roten Morgen angestrengt hat. Auch gegen das Zentralorgan der Gruppe Rote Fahne (KPD), gegen die Zeitung der RHD und andere revolutionäre Zeitungen stehen Prozesse an (siehe Prozeßkalender). Aus Anlaß des Prozesses gegen den Roten Morgen am 3.9. sprach die ROTE HILFE mit Genossen Gernot Schubert.

Rote Hilfe: Genosse Gernot, Du hast innerhalb eines Jahres schon dreimal vor Gericht gestanden. Im Herbst 74 hat Dich ein Hamburger Gericht zu 2000.- DM Geldstrafe verurteilt, weil der Rote Morgen die Korruptheit des Bonner Parlaments entlarvt hat. Im Juli und im August hast Du vor Gericht gestanden, weil der Rote Morgen über den Mord an Genossen Günter Routhier und über den Polizeiberfall auf den Trauerzug am Tage seiner Beerdigung geschrieben hat. Worum geht es jetzt im Prozeß am 3.9.?

Genosse Gernot: Zur Hauptverhandlung am 3.9. hat die bürgerliche Klassenjustiz Verfahren gegen 7 Nummern des Roten Morgen zusammengezogen. Vorausgegangen sind Strafbefehle gegen Genossin Karin Wagner und mich in einer Gesamthöhe von 19 000 DM. Uns wird Beleidigung, Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung der Bundesrepublik und Billigung von Verbrechen vorgeworfen. Alle 7 Nummern des Roten Morgen sollen eingezogen werden.

Nehmen wir als Beispiel die Anklage der Beleidigung. Unserer Ansicht nach ist es keine Beleidigung, wenn man Mörder auch Mörder nennt. Und nichts anderes hat der Rote Morgen im Falle von Günter Routhier und Holger Meins getan. Und von einem Gericht, das von sich selber sagt, es spricht im Namen des Volkes Recht, sollte man annehmen, daß es die Mörder bestraft und nicht diejenigen, die gegen die Verbrecher kämpfen. Aber weil die Mörder von Genossen Günter und von Holger Meins keine "normalen" Verbrecher sind, sondern Polizisten und Justizbeamte und ihre Opfer Revolutionäre, wird eben nicht gegen die Mörder vorgegangen, sondern gegen diejenigen, die gegen das Verbrechen kämpfen. Bei einer Nummer des Roten Morgen, um die es am 3.9. geht, ist es sogar so, daß einer der Mörder, der BKA-Beamte Schabronat, die Ermittlungen gegen uns in die Wege geleitet und die Beschlagnahme des Roten Morgen gefordert hat.

Ähnlich verhält es sich mit der Anklage auf Billigung von Verbrechen. Weil der Rote Morgen einen Aufruf der RHD abgedruckt hat, in dem die Bombenanschläge auf die NATO-Quartiere in Heidelberg und Frankfurt begrüßt werden, soll er wegen Billigung von Verbrechen bestraft werden. Das ist typisch für die bürgerliche Klassenjustiz. Wenn du, wie der gesamte bürgerliche Pressewald in den letzten Jahren, Beifall klatscht, wenn die Amis in Vietnam und Kambodscha ganze Dörfer mit Frauen, Kindern und alten Menschen ausradiert haben, dann bist du ein Demokrat. Für Artikel, die den Völkermord loben, gilt die Pressefreiheit. Bist du aber dagegen und begrüßt es, daß die Hauptstrategen des Völkermordes einmal spüren, wie es ist, wenn einem die Bombensplitter um die Ohren fliegen,

dann billigst du Verbrechen. Für Artikel, die dafür eintreten, mit revolutionärer Gewalt gegen den Imperialismus zu kämpfen, gilt die Pressefreiheit nicht.

Auch in diesem Fall gibt uns dieser Prozeß natürlich keinerlei Anlaß, unsere Meinung auch nur im Geringsten zu ändern. Im Gegenteil. Das vietnamesische und das kambodschanische Volk haben gerade vor wenigen Monaten bewiesen, daß ein Volk auf diesem Weg, dem Weg des bewaffneten Kampfes gegen den Imperialismus, den Sieg erringen kann. Es ist deshalb unsere Pflicht als Kommunisten, weiter, wie wir es bisher schon getan haben, dem deutschen Volk die Notwendigkeit der gewaltsamen Vertreibung der Supermächte, die auf deutschem Boden stehen, zu erklären und es im Geiste der bewaffneten Revolution gegen die deutsche Bourgeoisie zu erziehen.

Rote Hilfe: Genosse Gernot, seit einiger Zeit ist eine erhebliche Verschärfung bei der Verfolgung nicht nur der KPD/ML, sondern auch anderer revolutionärer Organisationen festzustellen. Wie ist das zu erklären?



Trauerzug zu Ehren des Genossen Routhier Polizeiknüppeln zerschlagen!

Genosse Gernot: Anfangs war die Presse der Partei relativ "frei". Die Bourgeoisie glaubte, sich das leisten zu können. Heute hält sie es für notwendig, von zig Roten Morgen die gesamte Auflage einzuziehen. Genosse Ernst Aust ist zum Beispiel gerade zu 7500.- DM Geldstrafe verurteilt worden, weil er in einem Interview mit dem Roten Morgen gesagt hat: "Jeder Staat bedeutet Gewaltanwendung. Der Unterschied zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Staatsmacht liegt eben darin, ob die Gewalt gegen die Ausgebeuteten, die Werktätigen, oder ob sie gegen die Ausbeuter angewandt wird. Diese Feststellung ist eine Erkenntnis des Wissenschaftlichen Sozialismus."

Wie man sieht, kämpft die Bourgeoisie heute gegen die gleichen Ideen, die sie im den 50er Jahren mit dem KPD-Verbot erledigen wollte. Nur mit anderen Methoden. Sie will heute kein offizielles Verbot

dieser Ideen und der Partei, weil dann natürlich noch klarer würde, welche Partei die Tradition der Kommunistischen Partei Deutschlands fortsetzt. Nämlich nicht die D"K"P sondern die KPD/ML. Stattdessen greift sie die Partei auf breiter Front an, um mit Geld- und später sicher auch mit Gefängnisstrafen zu verhindern, daß die Werktätigen erkennen, daß diese angebliche Demokratie in Wirklichkeit eine Diktatur der Bourgeoisie ist und mit der Partei für die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats kämpfen.

Ihr habt in Eurer Rote Hilfe-Zeitung ja auch schon oft genug Zahlen veröffentlicht über das Ausmaß der politischen Unterdrückung, das heute existiert. Ein Beispiel. In der Verfassung der Weimarer Republik hieß es wie bei uns im Grundgesetz: Die Presse ist frei. Eine Zensur findet nicht statt. Was natürlich niemanden gehindert hat, die Rote Fahne, die Zeitung der KPD oder die Junge Garde, die Zeitung des KJVD immer wieder zu verbieten. Erich Weinert, ein Dichter der deutschen Arbeiterklasse, hat das so kommentiert: " 'Eine Zensur findet nicht statt' - Nur wenn der Staat sie dringend nötig hat." Das ist genau der Standpunkt, mit dem wir als Kommunisten an die verschärfte politische Unterdrückung herangehen. Es geht hier nicht darum, daß wir noch mehr Prozesse, Knüppelinsätze usw. herbeisehen. Im Gegenteil. Wir kämpfen dagegen. Aber was wir auf keinen Fall tun, ist uns heute, wo die Fassade der parlamentarischen Demokratie immer mehr abbröckelt und das wahre Gesicht des kapitalistischen Klassenstaates immer deutlicher zum Vorschein kommt, zurückzusehen in das Jahr 1968, bloß weil es da kein Verfahren gegen den Roten Morgen gab und heute 21. Genosse Mao Tse-tung hat gesagt: Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht. Und das heißt eben, wenn der Feind, der Klassenfeind, uns heute stärker bekämpft als vor 7 Jahren, daß die Situation für uns, für die Kräfte der Revolution, günstiger geworden ist.

Was den verschärften Terror angeht, so kämpfen wir dagegen und werden das auch am 3.9. tun. Vor allem aber kommt es darauf an.- denn wir können die Bourgeoisie im Großen und Ganzen nicht daran hindern, Prozesse gegen den Roten Morgen anzustrengen, die politische Unterdrückung insgesamt zu verschärfen und die Faschisierung voranzutreiben - noch besser als bisher den Nutzen und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution unter den Massen zu verbreiten und uns und die Massen darauf vorzubereiten.

Rote Hilfe: Die Rote Hilfe wird Dich, die mitangeklagte Genossin Karin und Eure Partei in dem bevorstehenden Prozeß unterstützen und die Werktätigen zur Solidarität aufrufen. Wir fordern auch jeden in der Nähe wohnenden Roten Helfer auf, zum Prozeß hinzugehen und Euch im Gerichtssaal zu unterstützen, damit dieser Prozeß zum Bumerang für diejenigen wird, die ihn angezettelt haben.

Ein Jahr nach dem Polizeimord an Günter Routhier

Polizeiterror und Klassensolidarität in Duisburg

Am 18. Juni 1974 starb in Duisburg der Kommunist Günter Routhier an den Folgen des Knüppelinsatzes der Polizei im Arbeitsgericht. Günters Partei, die KPD/ML, die Rote Hilfe, und andere revolutionäre Organisationen verbreiteten in ganz Westdeutschland und Westberlin die Wahrheit über diesen Polizeimord. Besonders in Duisburg, wo die Bevölkerung den Terror der Polizei bei Routhiers Beerdigung mit eigenen Augen gesehen hatte, fiel diese Propaganda auf fruchtbaren Boden. Seit dieser Zeit versuchen in Duisburg Polizei, Klassenjustiz und andere Instrumente des Staates systematisch mit übelstem Terror die KPD/ML und die anderen revolutionären Organisationen aus Duisburg zu vertreiben.

Gegen den Verkauf der revolutionären Presse

Auf der Jägerstraße in Duisburg-Hamborn (eine Fußgängerstraße) patrouilliert jeden Samstag Schabronat (Einsatzleiter beim Polizeieinsatz, bei dem Günter Routhier ermordet wurde) und andere politische Polizisten in Zivil. Sie haben es auf Verkäufer revolutionärer Zeitungen abgesehen, besonders auf ROTER MORGEN-Verkäufer. Sehen sie einen ihnen bekannten Genossen beim Verkauf, so machen sie sich gar nicht erst die Mühe hinzugehen und seine Personalien festzustellen - sie schicken einen Mittelmann - manchmal einfach einen nichtsahnenden Passanten - hin und lassen sich einen RM kaufen. Sobald sie dann darin auch nur ein Wort über den Polizeimord an Routhier finden, bekommt der Verkäufer eine Anzeige.

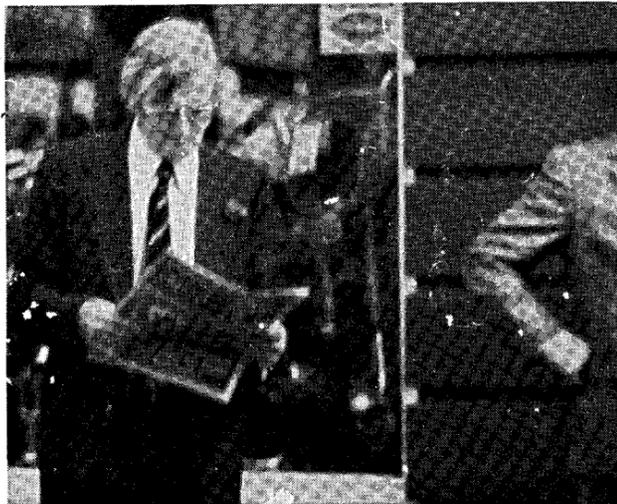
Ein arbeitsloser Vater von vier Kindern geht öfters in die Jägerstr., um dort die Rote-Hilfe-Zeitung zu verkaufen. Er hat inzwischen zwei Strafbefehle über je 628,- DM und ein Ermittlungsverfahren wegen angeblichen Verkaufs des Roten Morgen (!) am Hals.

Seit Günter Routhier beim Arbeitsgerichtsprozeß von Hanfried Brenner von der Polizei ermordet wurde, finden bei allen Prozessen von Revolutionären vor dem Duisburger Arbeitsgericht Leibesvisitationen bei allen Zuschauern statt.

Terror gegen Einzelne

Marga Voss, 40jährige Hausfrau und Mutter von zwei Kindern, war Landtagskandidatin der GRP (KPD) in Duisburg. Während des Wahlkampfes fand bei ihr eine Hausdurchsuchung statt. Angeblich vermuteten die Polizisten "illegalen Waffenbesitz" - in Wirklichkeit war dies ein übles Manöver, um die Genossin einzuschüchtern und den Wahlkampf der GRP zu behindern. Die Wohnung von Frau Voss wurde total durcheinandergewühlt, bei einer neu angeschafften Liege wurde die Matratze aufgeschlitzt. Währenddessen lag Frau Voss selbst mit einer Gallenkolik auf dem Bett und konnte die Durchsuchung nicht einmal beobachten. Das störte die Polizei jedoch überhaupt nicht. Eine Frau, die beim Prozeß gegen H. Brenner als Zuschauerin dabei gewesen war, bekam wenig später Besuch von der Caritas-Fürsorgerin. Diese drohte ihr, wenn sie sowas nochmal mache, werde ihre Tochter nicht zur Kinderkur kommen. In der Wohnung von Beate und Bernhard K. fand kurz nach dem Tod Routhiers nachts eine Hausdurchsuchung statt. Herr K. war festgenommen worden, als er Plakate un-

term Arm trug. Das nahm die Polizei zum Anlaß, um nachts um drei Uhr eine Hausdurchsuchung ohne Durchsuchungsbefehl zu machen wegen "Gefahr von Verbrechen". Ausbeute: 1 Flugblatt. Das haben sie beschlagnahmt. An einem anderen Abend wurde Bernhard K. völlig ohne Grund vor seiner Haustür angehalten und mußte sich mit erhobenen Händen abtasten lassen. Die Wohnung von Beate und Bernhard ist auch die Postadresse der Roten Hilfe in Duisburg. Sämtliche Sendungen der Roten Hilfe sind grundsätzlich geöffnet - und zwar nicht klammheimlich, sondern ritsch-ratsch mit dem Brieföffner. Sie kommen auch nicht mit der gewöhnlichen Post, sondern liegen stets irgendwann nachmittags auf dem Fußabtreter von K.s Wohnung.



Spitzel interessieren sich sehr für den Roten Morgen

Solidarität verhindert Durchsuchung hinter verschlossener Tür

Am 28.7. wurde das Parteibüro der KPD/ML in Duisburg auf Schriften und Plakate hin durchsucht, die den Polizeimord an Routhier behandelten. Aus dem gleichen Grund überfiel die Polizei am nächsten Tag das Büro der Gruppe Rote Fahne (KPD) und die Wohnung einer Genossin. Bei der Durchsuchung des KPD/ML-Büros wurden auch Medikamente beschlagnahmt die unter der Bevölkerung zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker von Oman und Dhofar gesammelt worden waren. Begründung: Verdacht auf Medikamentendiebstahl und Verstoß gegen das Rauschmittelgesetz. Die Medikamente

IM KAMPF DIE ROTE HILFE AUFGEBAUT

Gerade in Duisburg entstand im Kampf gegen den besonders starken Terror von Polizei und Justiz hier eine Rote-Hilfe-Gruppe aus Arbeitern und Hausfrauen, die weite Kontakte in den proletarischen Wohnvierteln haben. Ein neu gewonnenes Mitglied zog dabei das nächste nach sich. Zuerst eine Genossin mit mehreren Kindern, deren Mann zuerst skeptisch war, daß seine Frau nun einmal in der Woche abends wegehen wollte. Er kam dann aus Neugierde das nächste Mal mit und brachte noch einen Freund mit. Das war gerade als das Parteibüro überfallen worden war. Alle waren sehr empört über diese Polizeistaatsmethoden und sorgten sich sehr um die mit Mühe gesammelten Medikamente.

Sie gaben eine Menge wichtiger Ratschläge, um gegen diesen Schlag der Polizei vorzugehen. Boten Räume an, um die Me-

mußten jedoch inzwischen wieder freigegeben werden.

Aber die Ereignisse bei der Durchsuchung des KPD/ML-Büros zeigen auf der anderen Seite sehr deutlich, daß all der bei-spiellose Terror nicht die Isolierung der Revolutionäre von den Werktätigen zur Folge hat, wie die Bourgeoisie gern möchte, sondern im Gegenteil die Solidarität und Unterstützung durch die Werktätigen hervorruft.

Als die Polizei das Büro überfiel, war Beate K. allein dort.

Sie lief sofort auf die Straße und sprach alle Passanten an, daß sie herkommen möchten, damit Zeugen für die Durchsuchung da wären. Ein Jugendlicher kam auch, kaufte sich gleich erstmal das Parteiabzeichen der KPD/ML, steckte es sich an, setzte sich auf einen Stuhl, zündete sich in aller Ruhe eine Zigarette an und beobachtete aufmerksam die Durchsuchung. Die Polizei hielt sofort seine Personalien fest. Auf der Straße standen zwei Mannschaftswagen Polizei. Viele Leute blieben stehen. Sofort nahmen ihnen die Polizisten ihre Personalien ab und fragten, warum sie da stehenblieben. Eine Frau, die in dem Haus wohnt, wo das Büro ist, wurde gefragt, ob sie im Parteibüro arbeitet oder Kontakt dazu hat. Mit ihrer Antwort: "Und wenn schon - das geht Sie gar nichts an" - waren die Polizisten wahrscheinlich nicht sehr zufrieden. Die Personalien ihres ausländischen Freundes wurden sofort aufgeschrieben.

Während der ganzen Zeit versuchten die Polizisten mehrmals vergeblich, die Tür des Büros zu schließen und sich mit Beate dort einzuschließen. Es gelang ihnen jedoch nicht. Eine Schar Kinder aus der Nachbarschaft kam und guckte zur Tür hinein. Beate gab ihnen Extrablätter des Roten Morgen über die wachsende Faschisierung des Staates, die die Kinder an die Passanten verteilten und in die umliegenden Hausbriefkästen steckten. Die Kinder sprachen die Leute an und erzählten ihnen von der Durchsuchung des KPD/ML-Büros. Es gelang der Polizei nicht, die Kinder zu vertreiben. Als die Polizei weg war, malten die Kinder folgende Wandzeitung: "Feige sind die Polizei, weil sie mit zwei Mannschaftswagen und einem Polizeiauto kommen ins Parteibüro. Sie wollen verhindern, daß die Wahrheit gesagt wird, weil sie einen Kommunisten umgebracht haben."

Medikamente in Zukunft zu lagern und nahmen Flugblätter mit, um sie in ihrer Nachbarschaft zu verteilen.

Durch ein anderes neues Mitglied wurde die Rote Hilfe in seiner Stammkneipe eingeführt, so daß seine Kollegen, die dort verkehren, nun auch die Rote Hilfe kennenlernen und ihre Zeitung mit anschauen.

So wirken die Roten Helfer in Duisburg unter ihrem Nachbarn, Kollegen und Freunden und verbreiten unter ihnen den Gedanken der Solidarität weiter. Sie tragen auf diese Weise ihren großen Teil dazu bei, daß es auch in Duisburg trotz aller Anstrengungen des Klassenfeindes "nicht gelingen wird, die Kommunisten mundtot zu machen, daß es nicht gelingen wird, die Wahrheit zu unterdrücken", wie es das Programm der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS fordert.

Die Rote Hilfe und der Kampf gegen den imperialistischen Krieg

Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS hat sich am diesjährigen ROTEN ANTIKRIEGSTAG eingereiht in den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden imperialistischen Supermächte. Sie beteiligte sich an der großen ROTEN ANTIKRIEGSTAGS-Demonstration in Frankfurt mit einem eigenen Demonstrationsblock. Sie rief dazu auf, die Solidarität mit allen verfolgten revolutionären Kämpfern gegen den imperialistischen Krieg zu verstärken, sie sammelte für die Politischen Gefangenen und organisierte für die Zeit der Demonstration juristische und medizinische Hilfe.

Schon vorher wurden in den Ortsgruppen zahlreiche Aktionen durchgeführt. Wir informierten die Bevölkerung über die Genossen des ROTEN ANTIKRIEGSTAGS 1972, die jetzt im Gefängnis sitzen, schickten ihnen zahlreiche Briefe ins Gefängnis, wir sammelten erfolgreich Geld in den Häusern. Zusammen mit der KPD/ML wurde in Dortmund der Genosse Heinz Baron, ebenfalls Kämpfer des ROTEN ANTIKRIEGSTAGS 1972, freigeekämpft, nachdem er ins Gefängnis gesperrt worden war, ohne daß er rechtskräftig verurteilt war. In Westberlin beteiligte sich die RHD anlässlich des 13. August an einer Demonstration gegen den Mauerbau. In dem Flugblatt der RHD heißt es dazu: "Die Mauer muß weg! Deutschland ist eine Nation! Erst in einem VEREINTEN UNABHÄNGIGEN SOZIALISTISCHEN DEUTSCHLAND, frei von Ausbeutung und Unterdrückung, wird die Mauer fallen! Daher Kollegen, fordern wir euch auf: Kämpft mit der Roten Hilfe für dieses Ziel, reiht euch ein in die Einheitsfront gegen die beiden Supermächte.

KÄMPFT MIT UNS FÜR DIE FREIHEIT ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER DDR UND DBR!"

Warum haben wir uns am ROTEN ANTIKRIEGSTAG beteiligt? Im Programm der RHD heißt es:

"Gemeinsam mit den Völkern der Welt hasen und bekämpfen wir besonders die größten Feinde der Menschheit, die Hauptkriegsbrandstifter in der Welt, die ihre Truppen auch auf dem Boden unseres Vaterlandes haben, den sowjetischen Sozialimperialismus und den US-Imperialismus."

Die Kriegsgefahr wächst

Warum rüsten die Supermächte zum Krieg? Heute schon haben sie die Welt unter sich aufgeteilt, beuten die Völker aus und unterdrücken sie. Aber jeder versucht dabei, in den Machtbereich der anderen Supermacht vorzudringen. Das gilt für Deutschland und Europa ganz besonders, weil hier ein riesiges Menschen- und Wirtschaftspotential konzentriert ist. Der sowjetische Sozialimperialismus nutzt dabei den angeschlagenen Zustand des US-Imperialismus aus. Er ist der Hauptfeind des deutschen Volkes. Der Kampf um die Weltherrschaft bedeutet, eine immer steigende Kriegsgefahr und je mehr die Supermächte zum Krieg rüsten, umso mehr versuchen sie ihre Absichten hinter Friedens- und Entspannungsparolen zu verbergen. Sind die beiden Supermächte auch die Hauptkriegstreiber, so kommt noch hinzu, daß die westdeutschen Imperialisten mit ihrer Politik die Kriegsvorbereitungen unterstützen. Die Sicherheit unseres Volkes interessiert die westdeutschen Imperialisten nicht, sie wollen mit beiden Supermächten im Geschäft bleiben und träumen von einem Anteil an der Beute des Siegers. Doch heute ist es so. Die Pläne der Imperialisten, besonders der beiden Supermächte, stoßen immer mehr auf Widerstand unter den Völkern. Vietnam hat gezeigt, was von dem "Schutz" durch eine Supermacht zu halten ist, ebenso die CSSR 1968. Aber Vietnam hat vor allem den Völkern gezeigt, wie man das Joch der Supermächte abschütteln kann: Durch den revolutionären Volkskrieg. Sieht es denn bei uns in Deutschland anders aus? Wer hat denn ein Interesse daran, daß unser Land geteilt und von

den Russen und Amis besetzt wird? Wen schützen denn die Besatzertruppen? Doch nur die wirtschaftlichen und politischen Interessen der beiden Supermächte und ihrer Lakaien.

Als die Bevölkerung von Nordhorn-Range mit Gewalt gegen die Einrichtung eines Nato-Übungsplatzes kämpfte, da tat sie genau das Richtige. Die revolutionäre Gewalt der Massen, das ist es, was die Imperialisten fürchten.

Unsere Solidarität ist international, sie macht vor keinen Grenzen halt. So helfen wir mit beim Zusammenschluß der Völker gegen die imperialistischen Supermächte.

Der revolutionäre Kampf gegen den Krieg wird besonders hart unterdrückt

Nur so ist auch zu erklären, warum die westdeutschen Imperialisten den revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg besonders hart unterdrücken. Als 1972 in München bei der ROTEN ANTIKRIEGSTAGS-Demonstration der KPD/ML 6.000 Menschen mit revolutionärer Gewalt gegen die gewaltige Übermacht der Polizei kämpfte und trotz Demonstrationsverbot in der Innenstadt demonstrierte, da spürte die Bourgeoisie, wenn nicht 6.000 sondern 60 oder 600 Tausend Werktätige mal revolutionär kämpfen, dann geht es ihr an den Kragen. Daher auch die hohen Strafen zur Einschüchterung, über 11 Jahre Gefängnis für die Kämpfer des ROTEN ANTIKRIEGSTAGES 72. Das gleiche gilt für andere Aktionen, wo mit revolutionärer Gewalt gegen eine oder beide Supermächte und gegen den imperialistischen Krieg gekämpft wurde. Für ein Jahr sitzen heute fünf führende Genossen des KBW im Gefängnis, wegen einer Aktion der Heidelberger Studentenschaft 1970 gegen Mac Namara, den damaligen Kriegsminister der US-Imperialisten. 7 1/2 Jahre Gefängnis erhielten in erster Instanz 10 Genossen der Gruppe Rote Fahne (KPD), weil sie Weihnachten 72 auf dem Höhepunkt der Bombardements in Vietnam angeblich Steine gegen Ein-

richtungen des US-Imperialismus in Köln geschleudert haben sollen. Dutzende Jahre von Gefängnis erhielten die Genossen der RAF, weil sie auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges Bomben in die US-Hauptquartiere in Heidelberg und Frankfurt gelegt haben sollen. Beweise fehlten, es reichte das Bekenntnis zur revolutionären Gewalt gegen die Besatzertruppen. Genauso wird der revolutionäre Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus unterdrückt. 1.000 Verhaftete und hunderte von Prozessen anlässlich des geplanten Breshnew-Besuches 1973 in Dortmund sind ein Beweis dafür.

Auch ihre Gesetze haben die Imperialisten entsprechend vorbereitet. Wegen "Wehrkraftzersetzung" und "Gefährdung der Sicherheit der BRD" verbieten sie heute schon antimilitaristische Flugblätter. In der imperialistischen Bundeswehr unterdrücken sie den spontanen Widerstand der Soldaten, Hunderte von ihnen wandern dafür in den Bau und werden vor die Klassenjustiz gezerrt. Und mit den Notstandsgesetzen kann die Bourgeoisie schon während der "Friedenszeiten" das Kriegsrecht einführen.

Kriegsvorbereitungen und Faschisierung, Anwachsen der Unterdrückung hängen daher eng zusammen. Hitler machte aus Deutschland ein faschistisches Zuchthaus, ehe die deutschen Imperialisten den Krieg anzettelten. Er wollte "Ruhe" an der Heimatfront. Das gleiche sehen wir heute an der DDR, den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion selbst. Zurecht sprechen wir hier von einem faschistischen Völkergefängnis, wo Revolutionäre ins Irrenhaus wandern und Streiks von Panzern niedergewalzt werden. Und auch die westdeutschen Imperialisten steuern in diese Richtung.

Solidarität

mit den verfolgten Kämpfern

Clara Zetkin, die Führerin der alten IRH, sagte 1932: "Anschwellender weisser Terror und verschärfte Klassenjustiz sind ihrem Wesen und Ziel nach auf das engste mit imperialistischen Eroberungszügen und Weltkrieg verbunden, sind deren Vorläufer, Wegbereiter, Begleiter, Schützer... Unermüßlich steigen daher die Anforderungen nach materiellem und moralischem brüderlichen Beistand..."

Die Solidarität der breiten werktätigen Massen mit allen verfolgten Kämpfern gegen den imperialistischen Krieg ist daher unerlässlich für den Kampf des ganzen deutschen Volkes gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte.

Für uns, hier in Westdeutschland, ist dabei besonders wichtig, Deutschland hört nicht an der Mauer auf, unsere Klassenbrüder in der DDR brauchen bei ihrem Kampf unter den schweren Bedingungen der sozialfaschistischen Diktatur unsere besondere Solidarität.

Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS RUFT EUCH DAHER AUF:

SOLIDARITÄT MIT ALLEN VERFOLGTEN KÄMPFERN GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN WESTDEUTSCHLAND UND DER DDR!

NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

NIEDER MIT DER SOZIALFASCHISTISCHEN DIKTATUR IN DER DDR!

STÄRKT DIE WELTWEITE EINHEITSFRONT GEGEN DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

SCHAFFT ROTE HILFE!

Die Rote Hilfe betreut politische Gefangene

Eine der wichtigsten ständigen Aufgaben der RHD ist die Betreuung der politischen Gefangenen. Zur Zeit gibt es davon etwa 100 in westdeutschen Gefängnissen. Diese Genossen sind darauf angewiesen, daß sie regelmäßig Briefe von draußen erhalten. Die meisten bekommen keine revolutionären Zeitungen, sie möchten aber brennend gerne wissen, wie sich der Klassenkampf und die revolutionäre Bewegung entwickelt. Der Brief des Genossen Gerd zeigt besonders anschaulich, wie wichtig es ist, daß die Rote Hilfe sich um die Haftbedingungen der politischen Gefangenen kümmert und alle Schweinereien ans Tageslicht bringt. Wenn wir Gerd nicht unterstützen, wird die Klassenjustiz ihn womöglich mit immer neuen Verfahren überschütten, bis er schließlich überhaupt

Ein Verfahren nach dem anderen!

"Liebe Genossen!

Freudig erstaunt war ich, als ich heute den Atlas den Ihr mir geschickt habt, bekommen habe. Ich bedanke mich recht herzlich dafür."...

"Daß ich bis jetzt schon 5 1/2 Jahre Knast bekommen habe, werdet Ihr ja bestimmt schon wissen. Im einzelnen setzt sich das wie folgt zusammen: 1/2 Jahr wegen Sachbeschädigung und 1 Jahr Bewährung widerrufen. Außerdem 4 Jahre für eine Brandstiftung, die ich niemals begangen habe. Eine von mir eingelegte Revision wurde ohne jegliche Begründung beim BGH Karlsruhe verworfen. Nun laufen noch weitere fünf Verfahren gegen mich.

Drei wegen Beleidigung, weil ich die Knastbullen mit Worten wie "Nazischweine" etc. beschimpft haben soll, als man mich wie es oft passiert ist, in den Bunker schleppte. Ein weiteres Verfahren wegen angeblicher wissentlicher falscher Anschuldigungen, weil ich Anzeige gegen Bedienstete des LKH Süchteln erstattet habe wegen Kindesmißhandlung und Mord. Letzteres in drei Fällen. Habe auch 1/2 Dutzend Augenzeugen dafür, wie geistig und körperlich behinderte Kinder zu Tode gequält wurden. Für diese Sache kämpfe ich bereits seit drei Jahren. Die von mir genannten Augenzeugen sind von den Bullen erst gar nicht verhört worden. Voriges Jahr wurde das Verfahren gegen die Mörder eingestellt und gegen mich eines eingeleitet. Das schwerste Verfahren welches ich aber noch vor mir habe, läuft beim OLG Düsseldorf wegen Unterstützung und Mitgliedschaft einer kriminellen Vereinigung. Hier wurden bei einer illegalen Zellendurchsuchung unter anderem Briefe von G. Kröcher-Tiedemann sowie A. Baader, sowie Verteidigerpost beschlagnahmt. Nun will man mir Mitgliedschaft bei der RAF und dem 2. Juni nachweisen. Auch meinem früheren Anwalt, der auch G. Kröcher-Tiedemann verteidigt hat, bevor sie im Austausch gegen den Volksfeind Lorenz nach Süd-jemen ausgeflogen wurde, hat man aufgrund der Briefe von ihm ein Verfahren krimineller Vereinigung angehängt. Mit diesem justiziablen Terror will die Klassenjustiz meinen revolutionären Kampfwillen brechen. Was man in neunmonatiger strenger Isolationsfolter nicht geschafft hat (Einzelbad, Einzel freistunde gefesselt, Ausschluß von al-

nicht mehr aus dem Gefängnis herauskommt.

Wir rufen alle unsere Leser auf: Schreibt den politischen Gefangenen! Berichtet ihnen von unserem Kampf! (Wenn ihr schreibt, vergeßt nicht, Rückporto beizulegen, damit die Genossen euch antworten können.) Protestiert wo immer nötig bei der Anstaltsleitung gegen die Haftbedingungen! Unterstützt die Forderungen der politischen Gefangenen! Die Liste der Adressen wird in der nächsten RH-Zeitung fortgesetzt.

Peter Bayer, 61 Darmstadt, Marienburger Str. 74
Hubert Lehmann, 8851 Niederschönenfeld üb. Donauwörth, JVA
Georg Schmidt, 3578 Schwalmstadt, Paradeplatz 5
Bernd Reisser, 8 München-Stadelheim, JVA
Gerd Jacobs, 41 Duisburg, JVA

len gemeinschaftlichen Veranstaltungen etc.) versucht nun die Justiz. Einen anderen Sinn haben diese Verfahren nämlich nicht.

"Zum RAF Prozeß in Stammheim wollen die mich auch noch bringen. Wahrscheinlich ist man dem illusionären Glauben verfallen, ich würde gegen die Genossen aussagen.

Es würde mich freuen, wenn mir einige von Euch mal schreiben würden.

Rot Front
Gerd"

Gerd hat uns auch ein Gedicht geschickt, das er anlässlich des 1. Todestages von Günter Routhier gemacht hat. In einem anderen Brief äußert er den Wunsch, Mitglied der RHD zu werden.



BERND REISSER VERHAFTET!

Am Donnerstag, 31. Juli, wurde Bernd Reisser, Mitglied der Zentralen Leitung der RHD, von der Arbeit weg verhaftet. Er ist der vierte Genosse, der wegen seines Kampfes gegen den imperialistischen Krieg am Roten Antikriegstag 1972 hinter Gitter muß für ein Jahr. Die Ortsgruppe München der RHD hat an der Universitätsklinik, wo Bernd in der Küche als Koch gearbeitet hat, Flugblätter verteilt und rundherum Plakate geklebt. Bernd's Kollegen versicherten den Genossen, daß sie Bernd als sehr guten Kollegen schätzen.

4 Wochen Jugendarrest für Silke

Wenn diese Zeitung die Leser erreicht, hat die 17-jährige Genossin Silke aus Bremen ihren vierwöchigen Jugendarrest gerade hinter sich. Sie ist die erste Genossin, die wegen der Verbreitung der Wahrheit über den Polizeimord an Günter Routhier ins Gefängnis mußte - weil sie eine entsprechende Ausgabe des ROTEN MORGEN verkauft hat. Die Initiativgruppe Bremen der RHD unterstützte die Genossin. Die Zentrale Leitung schickte ihr revolutionäre Grüße ins Gefängnis.



'Wer rastet, der rostet'

Genosse Schorsch Schmidt ist bald nach seiner Verhaftung von Frankfurt nach Schwalmstadt verlegt worden. Dies ist

ein übler Versuch der Bourgeoisie, ihn von seiner Partei, von seiner Familie zu isolieren. Ein erster Antrag von Schorsch auf Rückverlegung in Richtung Frankfurt wurde abgewiesen. Aber in Frankfurt hat Schorsch gewohnt, hier hat er seine Familie, seine Kollegen, Nachbarn und Genossen. Hier ist die Solidarität für ihn am stärksten. Deshalb fordert die RHD: Sofortige Verlegung von Schorsch in Richtung Frankfurt! Schorsch selbst hat auch im Gefängnis den Geist des harten Kampfes nicht aufgegeben, wie der folgende Auszug aus einem Brief an Dortmunder Genossen zeigt:

"Ein besonderer Kunstgriff der Klassenjustiz besteht darin, mich in ein Gefängnis zu stecken, in dem fast nur notorisch rückfällige Kriminelle untergebracht sind, die durch und durch von der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Idealen korrumpiert sind. Ich finde die Worte von Ernst Aust, die er auf der Gründungsveranstaltung der RHD zu diesem Thema gesagt hat, vollauf bestätigt. (Schorsch sitzt mit drei dieser "schweren Jungs" auf einer vier-Mann-Zelle). Unter den genannten äußeren Bedingungen muß man nach Kräften die gefährliche Theorie bekämpfen, man könne gewissermaßen "politisch überwintern", den Kampf aufgeben, ihm aus dem Wege gehen und nach 18 Monaten mit einer blitzsauberen, vielleicht noch weitergeschulten, kommunistischen Einstellung das Gefängnis verlassen. Das ist absolut unmöglich! Im Volksmund sagt man: "Wer rastet, der rostet" und das trifft auch auf uns politische Gefangene 100%ig zu. Das heißt der Kampf muß fortgesetzt werden."

...
"Konkret heißt das für mich, daß ich mich nicht in die geisttötende Knastarbeit einspannen lassen will, die kaum Kontakt mit den bereits grob charakterisierten Mitgefangenen ermöglicht."...
"Ich habe mir stattdessen einen streng geregelten Tagesplan aufgestellt, den ich eisern einhalten will und muß, um nicht zu verfaulen. Er beginnt um 5.30 Uhr mit dem Aufstehen und lockernder Frühgymnastik. Nach dem Frühstück um 6 Uhr fange ich an, Französisch zu lernen. Ab etwa 8.30 setze ich mich für 2 1/2 Stunden an die "Theorien über den Mehrwert", die ich aus der Gefängnis-Bücherei ausleihen konnte. Da raucht der Kopf: 11 Uhr Mittagessen. Anschließend trinke ich eine Tasse Kaffee, um die aufkommende Mittagsmüdigkeit zu bannen. Dann geht es bis gegen 13.30 Uhr weiter mit der Bearbeitung einiger "Ausgewählter Kapitel der Mathematik" (die Bücher dazu bekam ich von Roten Helfern aus Frankfurt geschenkt!). Den Abschluß des Arbeitstages bilden zwei Stunden Klassiker-Lektüre; einige Lenin- und Stalintexte konnte ich nämlich in englisch mitnehmen; darin sah die Anstaltsleitung keine Gefährdung der Sicherheit und Ordnung."...

VORWÄRTS ZUM ROTEN ANTIKRIEGSTAG 1975!

VORWÄRTS MIT DER ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

Rot Front
Schorsch"

EIN TEUFLISCHES SPIEL

"Ich bin verhandlungsunfähig. Ich kann der Verhandlung minimal folgen, ich kann aber nicht eingreifen, wenn es nötig ist, wenn ich es will. Ich habe ungeheure Schwierigkeiten mit der Konzentration. Ich stelle den Antrag, von einem Arzt außerhalb des Gefängnisses untersucht zu werden. Meine maximale Verhandlungsfähigkeit beträgt zwei bis drei Stunden."

Das sagte U. Meinhoff bereits zu Beginn des Prozesses. Die Folge der Isolationsfolter sind für jeden sichtbar: abgemagert und leichenblass betreten die Angeklagten den Gerichtssaal. Jedoch, das jedem Sichtbare, wird weder von den Ärzten (der Bourgeoisie) noch von dem bürgerlichen Klassengericht akzeptiert. Der Antrag der Verteidiger und Angeklagten die Hauptverhandlung bis zu einem Gutachten "neutraler" Ärzte auszusetzen wurde abgelehnt.

Der Prozeß wird fortgesetzt, trotz der maximalen Verhandlungsfähigkeit von zwei bis drei Stunden. Die Genossen weigern sich jedoch zu Recht, als Statisten des bürgerlichen Klassengerichts der Verhandlung weiter beizuwohnen, wenn sie wegen Konzentrationsschwäche nicht mehr in der Lage sind, den Prozeß politisch zu führen. Es bleibt ihnen dann nichts anderes übrig, als ihren Ausschluß zu erzwingen, da das Gericht sie anders nicht gehen läßt. Ein unwürdiges Schauspiel:

"Muß ich sie beschimpfen?" fragte A. Baader Prinzing. "Das ist doch eine dreckige Manipulation" Prinzing: "Bis jetzt stören sie noch nicht!" Einen Tag später Andreas in derselben Lage: "Wollen Sie wieder das listig arrangierte Schauspiel von gestern haben?" Prinzing: "Sie können nicht so einfach ausgeschlossen werden, Herr B." B. "Wir wollen sie nicht beleidigen, wir wollen ausgeschlossen werden!" Dann: "Ich sehe mich gezwungen, Sie zu beschimpfen: Sie faschistisches Arschloch!" Erst darauf werden die angeklagten Genossen ausgeschlossen. In der bürgerlichen Presse liest sich das dann so, als ob die Angeklagten der RAF vor Gericht nichts anderes vorzubringen hätten als primitive Schimpfworte.

Das teuflischste an diesem Spiel aber ist, daß Prinzing nun die von ihm selbst provozierten Beschimpfungen zum Anlaß nahm, um die vier Angeklagten für die nächsten Tage ganz vom Prozeß auszuschließen, wegen "fortgesetzter Störung".

Die Klassenjustiz hat Angst, neue ärztliche Gutachten zuzulassen, die die Frage aufwerfen würden, was die Genossen in den Zustand der Verhandlungsunfähigkeit versetzt hat. Diese Gutachten würden dann nämlich die Verhandlungsunfähigkeit der Genossen als Folge der Isolationsfolter zugeben müssen.

Die Rote Hilfe ruft auf zur Solidarität mit den Angeklagten im Kampf gegen die faschistische Prozeßführung und die Versuche, Revolutionäre der RAF zu gewöhnlichen, primitiven Kriminellen zu stempeln.

Die Frankfurter Genossen der RHD schrieben uns in einer Resolution: zu den politischen Gefangenen: Wir überbringen Euch, G. Enslin, U. Meinhoff, A. Baader u. J.C. Raspe solidarische Kampfgrüße. In dem Schauprozeß, der zur Zeit gegen euch läuft soll

mit Hilfe der faschistischen Strafprozeßordnung jede revolutionäre Gewalt verdammt und kriminalisiert werden. Euer gerechter Kampf gegen den Imperialismus soll als Terror gegen das Volk hingestellt werden. Genossen, in dieser Situation werden wir nicht tatenlos zusehen, wie man versucht euch fertig zu machen und als Gewaltverbrecher hinzustellen. Wir werden die breitmöglichste Solidarität der Bevölkerung mit euch organisieren, indem wir den Terror der Bourgeoisie und die Mittel (von der Folter bis zum Mord), mit denen sie versucht Revolutionäre zu brechen, aufzuzeigen. Genossen, obwohl es ideologische Differenzen zwischen der Politik der RAF und der RHD gibt, möchten wir euch nochmals der Solidarität der RHD versichern, denn sie ist die Organisation ALLER vom Klassenfeind Verfolgten!"

FREIHEIT FÜR BAADER, MEINHOF, RASPE und ENSSLIN!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!



FREISPRUCH IM KÖLNER VIETNAMPROZESS!

Am 3. September beginnt vor dem Landgericht in Köln die Berufungsverhandlung gegen 10 Antimperialisten, die in erster Instanz zu insgesamt sieben Jahren und neun Monaten (zwischen sechs Monaten bis zu 12 Monaten ohne Bewährung) verurteilt worden waren. Ihnen wird "Landfriedensbruch" vorgeworfen, weil sie im Dezember 1972 in Köln gegen den amerikanischen Bombenterror auf das vietnamesische Volk demonstriert hatten. Bei dieser Demonstration waren Steine gegen das Amerikahaus und den Verwaltungsbau von IBM geflogen!

Die Terrorurteile aus dem ersten Prozeß waren der Staatsanwaltschaft noch zu niedrig, sie ging in allen Fällen, in denen der Richter Bewährung zugestanden hatte, in die Berufung. Wie schon in den Prozessen anlässlich des Roten Antikriegstags 1972 und im Cabora-Bassa-Prozeß gegen führende KBW-Genossen sollen hier diejenigen, die mit revolutionärer Gewalt gegen den imperialistischen Krieg kämpften, eingeschüchtert, verurteilt und hinter Gefängnismauern gezerzt werden.

Die Rote Hilfe Deutschlands wird die Genossen in ihrem Kampf für den Freispruch unterstützen: KOMMT ZUM PROZESS GEGEN DIE ZEHN ANTI-IMPERIALISTEN! 3. 9. 8.30 Uhr Landgericht Köln Apellhofplatz, Zimmer 234

LETZTE MELDUNG

Gegen Michael Banos, ehemaliger Presseverantwortlicher der Rote Hilfe-Zeitung wurden jetzt 7 Verfahren wegen "Verächtlichmachung der BRD" zusammengezogen. Das läßt darauf schließen, daß die Bourgeoisie diesen Prozeß zum Musterprozeß gegen die RHD machen will und eine harte Bestrafung plant.

GILDEMEIER MUSS RECHTSANWALT BLEIBEN!

Rechtsanwalt Fritz Gildemeier in Augsburg, Mitglied des Zentralvorstands der Roten Hilfe e.v. und Landtagskandidat der GRF (KPD) soll mit Berufsverbot belegt werden. Die Staatsanwaltschaft in München hat inzwischen eine Anschuldigungsschrift verfaßt und einen Antrag auf Berufs- und Vertretungsverbot gestellt.

Nachdem alle juristisch verbrämten Versuche, den Genossen auszuschalten, scheiterten, zeigt die Staatsanwaltschaft jetzt offen, warum Fritz Gildemeier Berufsverbot erhalten soll: "Ein Rechtsanwalt, der die verfassungsmäßige Ordnung bekämpft, zum Kampf gegen die verfassungsmäßige Regierung aufruft, sich mit Verfassungsfeinden solidarisiert und rechtmäßig ergangenen Verboten bewußt zuwiderhandelt und zu gewaltsamem Widerstand hiergegen aufruft, ist eidbrüchig und in den Reihen der Anwaltschaft nicht mehr tragbar."

Chemische Keule - 'Humanes Einsatzmittel'

Die letzte Monitorsendung berichtete über verschiedene Polizeieinsätze gegen die Bevölkerung. Gewisse einflußreiche Leute der Bourgeoisie, so der Frankfurter Polizeipräsident Knut Müller, fühlten sich und die Polizei in "übelster Weise diffamiert" und erwogen eine Klage gegen den Fernsehredakteur. In dem Filmbericht wurde unter anderem der brutale Tränengaseinsatz Frankfurter Polizisten gegen Kinder kritisiert. 13 Kinder wurden dabei durch den Einsatz von Chemical Mace verletzt, als sie bessere Bedingungen zum Spielen forderten.

Entgegen der breiten Empörung der Bevölkerung gegen dieses kinderfeindliche Vorgehen hatte Knut Müller nichts eiligeres zu tun, als die "chemische Keule" als "humanes Einsatzmittel" zu verteidigen, da immerhin besser als der "eventuelle Schußwaffengebrauch" ist. Zum anderen sei "die Polizei imstande Emotionen im Hintergrund zu halten, da der körperliche Kontakt zu den Demonstranten fehle". Doch diese mühsamen Rechtfertigungsversuche drücken nur um so klarer die Angst der Bourgeoisie aus, daß ihre Polizei, als das erkannt wird, was sie ist: eine Knüppelgarde des kapitalistischen Systems, einsetzbar auch gegen Kinder.

Rache für Wessel?

Genosse Jürgen aus Bielefeld war vor einiger Zeit von den Anker-Kapitalisten wegen seiner kommunistischen Gesinnung entlassen worden. Diese Entlassung hatte viel Staub aufgewirbelt und breite Empörung geweckt.

Jetzt flatterte dem Genossen plötzlich ein Brief der Staatsanwaltschaft ins Haus, in dem er beschuldigt wird, er hätte den Nachtportier (!) der Ankerwerke anonym (!) angerufen mit den Worten: "Zu ihnen kommt gleich die Rache für Wessel, der gestern auf dem Friedhof in Bielefeld beerdigt worden ist." (Wessel ist einer der in Stockholm ermordeten Antimperialisten.) Groß aufgemachte Berichte in der Bielefelder Regionalpresse sorgten für Sensation. In Wirklichkeit ist diese völlig aus der Luft gegriffene Anschuldigung die nicht sehr geistreiche Rache der Anker-Kapitalisten für die Schläge, die ihnen Jürgen und seine Partei, die KPD/ML versetzt haben.



Leserbriefe

Beinahe drei Tage Gefängnis

Neulich wäre ich beinahe für drei Tage ins Gefängnis gewandert. Das kam so. Ein Freund von meiner Tochter hatte etwas ausgefressen - Automat geknackt oder so - und saß deshalb im Gefängnis. Er schickte meiner Tochter einen Besucherschein und ich ging mit ihr hin. Ich wollte doch mal sehen, wie so ein Gefängnis von innen aussieht. So schnell kamen wir aber nicht rein! Erst Paßkontrolle, Schein ausfüllen, dann wurden mit riesigen Schlüsseln einige Tore aufgeschlossen und hinter uns wieder zu, danach wieder Paßkontrolle, wieder Schein unterschreiben und dann wurden wir durch einige weitere Türen in den Besucherraum geführt. Damit war ich aber nicht zufrieden. Ich sagte dem Beamten, ich wollte gerne die Zelle sehen und überhaupt, wie die so leben im Gefängnis. Da wurde der gleich frech. Hier wär doch keine Besichtigung.

Im Besucherraum saß einer in der Tür und paßte auf. An den Wänden große Schilder, was man alles nicht darf, z.B. nichts mitbringen. Ich hatte aber zwei Päckchen Tabak für den Jungen dabei. Da ich mich vorher schon mit dem Aufseher in der Wolle gehabt hatte, dachte ich mir: fragst lieber erst gar nicht sondern schob dem Jungen Tabak heimlich unter die Jacke. Gleich schrie der Kerl ihn an: Nimm mal deine Jacke da weg! Zum Vorschein kamen die zwei Päckchen Tabak. Weil ich nicht wollte, daß der Junge Schwierigkeiten kriegte, sagte ich gleich: "Der hat nichts davon gewußt. Ich habe ihm das unter die Jacke geschoben." Da schrie der Kerl mich an, so als ob ich das größte Verbrechen begangen hätte. Er wollte mich gleich festnehmen und für drei Tage ins Frauengefängnis schaffen lassen. So habe ich noch nie gezittert wie da. Ich habe doch noch zwei Kinder zu Hause! Ich bin dann doch noch mal rausgekommen, aber habe gleich Hausverbot bekommen und darf in diesem Gefängnis nie wieder jemand besuchen.

Bericht eines Genossen aus Frankfurt

KBW hält nichts von Roter Hilfe

Ich ging in das Parteibüro des KBW um dort bekannt zu geben, daß die RHD bei einer geplanten, verbotenen Demonstration mit einem Sanitätstrupp zur Verfügung stehen würde. Ich machte den Vorschlag, daß man dies möglichst vielen

Genossen sagen sollte, damit breite Hilfe geleistet werden kann. Unsere Erfahrung, gerade in der letzten Zeit, hat gezeigt, daß die Genossen für medizinische Hilfe (daß man sie zu einem Arzt fuhr, oder sie an Ort und Stelle verband) sehr dankbar waren. Doch noch viel zu viel Verletzte liefen oft panisch herum und wußten gar nicht, wer ihnen helfen könne. Aus diesem Grund bat ich auch einen führenden Genossen des KBW hier in Frankfurt die Stelle des RHD-Sanitrupps unter den Genossen bekannt zu machen. Er meinte, daß er es für falsch finde, jetzt bei den Fahrpreiskämpfen, seine Kraft auf Sanitätshilfe zu verschwenden, weiterhin meinte er noch, daß er es auf keinen Fall unter den Genossen weitersagen würde, denn er will keine Propaganda für die RHD machen! Höchstens, wenn er einen schon bluten sehe, werde er ihm von dem Sanittrupp der RHD berichten. Dieses kurze Gespräch zeigte mir deutlich: Einige KBW-Führer haben soviel Angst, daß sich die Mitglieder mit der Arbeit von anderen Organisationen beschäftigen, daß sie sie lieber verletzt und unverorgt herumlaufen lassen.

Rot Front
ein Genosse aus Frankfurt

Das folgende Gedicht wurde dem Genossen Schorsch ins Gefängnis geschickt. Es wurde von einem Freund gemacht - "Brecht nachempfunden".

AN DIE, DIE DICH VERURTEILEN LIESSEN:

EUER SYSTEM LÄUFT

Wo wenige die Macht haben,
müssen viele leiden.
Wo die Unfreiheit die Ordnung festlegt
Wird der Freiheitsliebende zum Störer.

Wo die Mächtigen die Atombombe
wie eine Schachfigur einsetzen,
erklärt man den Faustschlag der Unterdrückten
zum Verbrechen.

Wo die Lüge entscheidet,
wird die Wahrheit entschieden verurteilt.
wo die Angst regiert,
wird der Mut zum Gefangenen.

ABER VERGESST NICHT:
JEDER SPRUCH FINDET SEINEN WIDERSPRUCH!

Denn:
Was ihr uns heute wegnehmt,
gibt uns die Einsicht, daß es nicht gut ist,
von euch abhängig zu sein.

Weil unsere Auge von Mace-Gas tränen,
können wir euer wahres Gesicht erkennen.
Die Striemen eurer Schlagstöcke auf unserer Haut
prägen uns die Linie ein, der wir folgen werden.

Wenn ihr die Mauern verstärken laßt,
verrätet ihr, daß ihr nicht mehr
auf die Schwäche eurer Argumente bauen könnt.

Die Schatten der Gitterstäbe in unserer Zelle
bewahren uns davor, die Schatten eurer Bomber
auf den Dörfern der Dritten Welt je zu vergessen.

Während ihr uns von unseren Freunden trennen wollt,
trennen sich die Massen von euch.

UND VERGESST NICHT:
JEDER SPRUCH TREIBT DIE ENTWICKLUNG VORWÄRTS!

Deshalb:
Stattet die Gefängnisse heute schon gut aus,
damit euch später der Umzug aus euren Villen
nicht allzu schwer fällt.

PROZESSTERMINE

3.9., Dortmund gegen Verleger und Redakteurin des ROTEN MORGEN (s.S. 2)

3.9., 8.30 Uhr, Landgericht Köln Berufungsverhandlung im Vietnamprozeß (S.6)

16.9., Dortmund, gegen den Herausgeber der Roten Fahne, wegen Artikel über den Mord an Routhier

16.9., 10.30, Dortmund, gegen Herausgeber der Zeitung der "Roten Hilfe" e.V.

1. und 3. Oktober, Amtsgericht Duisburg Routhier-Prozess gegen Genossen, die bei dem Arbeitsgerichtsprozeß dabei waren.

Kollege spendet Fernseher

Vor ein paar Wochen waren wir gezwungen den Stammtisch "für die sofortige Einbürgerung von Sascha" in München-Haidhausen in eine andere Wirtschaft zu verlegen, da die andere renoviert wurde. Wir waren schon geraume Zeit da, als uns plötzlich vom Nebentisch, wo Karten gespielt wurden, ein älterer Mann ansprach: "Kollegen, ihr seid doch von der Roten Hilfe," und dann erzählte er uns, daß er früher auch einmal ein "Roter" gewesen ist, jetzt aber schon zu alt und sehr krank sei. Dann fragte er uns, ob wir nicht einen Fernseher gebrauchen könnten, er hätte sich jetzt einen Farbfernseher gekauft und der andere wäre aber noch sehr gut, der Händler hätte zwar gesagt, er würde ihn nehmen und einem Altenheim stiften, aber, sagte er, er glaube er würde ihn doch für teures Geld verkaufen, deshalb habe er ihn aufgehoben, und er würde ihn uns schenken.

Diesen Fernseher versteigerten die Genossen auf ihrer Veranstaltung "Verhindert den Schreibtischmord an Sascha Haschemi" für 275,-- DM zugunsten der Roten Hilfe.

Literaturanzeige

Die Ortsgruppe München hat eine Broschüre "SOFORT EIN DEUTSCHER PASS FÜR SASCHA!" herausgegeben.

Ca. 30 Seiten.

Zu bestellen über: Büro der RHD
46 Dortmund, Dorstfelder Hellweg 22

SOLIDARITÄT IM BETRIEB

Wie die Arbeit der RHD zur Organisierung der Solidarität Erfolg hat, zeigt der Brief, den ein Kollege von Hoechst, wo Schorsch gearbeitet hat, der bis dahin keinerlei Kontakt zur RH hatte, ihm ins Gefängnis geschrieben hat: "Verehrter Genosse Georg Schmidt! Durch die Rote Hilfe Deutschlands bin ich auf Deinen Fall aufmerksam geworden, und gleichzeitig kam die Aufforderung, an Dich zu schreiben. Hat sich wirklich alles so zugetragen, wie es die Rote Hilfe schreibt? Kannst du mir über die Rote Hilfe Bescheid zukommen lassen. Ich möchte dir gern helfen. Mit freundlichen Grüßen, Michael S."

Solidaritätsresolutionen

Folgende Solidaritätsresolutionen erreichten uns:

OG Reutlingen an Genossen Takis Boyakos und den Genossen der GRF (KPD) Hauke Hein, die von der bürgerlichen Klassenjustiz zu 5 bzw. 7 Tagen Ordnungshaft verurteilt wurden.

OG Marburg für Peter Bayer im Gefängnis
OG Freiburg anlässlich des Haftantritts führender Funktionäre des KBW

OG Kassel an die Genossen Hubert Lehmann und Peter Bayer im Gefängnis
OG Bochum an Genossen Sascha Haschemi
LV Westberlin an die inhaftierten Genossen des KBW.

SPENDENLISTE

Im Juli erreichten uns:

1. Spenden ohne besonderen Verwendungszweck:

OG Tübingen, Maisammlung 22.- DM; OG Reutlingen 127.- DM
Geburtstags- und Verlobungsfeier in Marburg 85,32 DM; OG Kiel 75.- DM; OG Frankfurt aus einer amerikanischen Versteigerung 360.- DM; OG Frankfurt aus Verkauf von mit RHD-Zeichen beklebten Streichholzschachteln 80.- DM; OG Dortmund 215,91 DM; OG Recklinghausen 112,50 DM; OG Tübingen 48,50 DM.

2. Spenden mit Verwendungszweck:

Zeltlager der Roten Garde München für die politischen Gefangenen 31,70 DM; OG Stuttgart für die entlassenen Kollegen von Dynamit Nobel in Fürth; Diskussionskreis der KPD/ML Marburg für die politischen Gefangenen 31,70 DM; OG Kiel für die RAKT-Prozesse 25.- DM; OG Frankfurt für die in Köln inhaftierten türkischen Genossen aus dem Verkauf der Postkarten 25.- DM; OG Hamburg für Gen. Routhier 32.- DM;

SUMME: 1358,83 DM

RETTEN WIR DIE 5 DER FRAP



**pablo
mayoral
rueda**

**manuel
blanco
chivite**

**vladimiro
fernández
tovar**

**j. humberto
baena
alonso**

**fernando
sierra
marco**

Die Franco-Diktatur will sie in Madrid nach einem Militärtribunal ermorden.

In der letzten Woche forderte in Madrid der Staatsanwalt eines Militärgerichts für fünf antifaschistische Kämpfer die Todesstrafe. Diese fünf Genossen waren in der Woche vom 14. bis 21. Juli - ebenso wie 11 weitere Revolutionäre - von der faschistischen Polizei in Spanien verhaftet und anschließend grausam gefoltert worden.

Den Genossen wird vorgeworfen, Mitglieder der Revolutionären, antifaschistischen und patriotischen Front, der FRAP zu sein. Sie sollen an der Hinrichtung eines bewaffneten Polizisten, der das Gebäude der spanischen Fluggesellschaft Iberia bewachte, beteiligt gewesen sein. Für diese Beschuldigung hat der Staatsanwalt nicht die geringsten Beweise, nicht einmal die von der Polizei erlogenen Aussagen, die die Genossen nach langer Folter unterschrieben haben, interessierten ihn. Allein daß die Genossen mit der FRAP gegen den Faschismus kämpfen reichte ihm, die Todesstrafe zu fordern.

Der Prozeß wurde bereits auf Anfang September festgelegt. Drei der fünf Genossen haben bis heute keinen Anwalt, sie werden vor dem Militärgericht einen Pflichtverteidiger erhalten. Es ist offensichtlich, hier soll in einem Eilverfahren ein Exempel gegen revolutionäre Kämpfer des Volkes statuiert werden, die Genossen sollen in aller Eile verurteilt und ermordet werden. Das faschistische Regime in Spanien aber irrt, wenn es glaubt, durch verstärkten Terror seinem Untergang entgegen zu können, es irrt, wenn es meint, den gerechten Kampf der werktätigen Be-

völkerung gegen die Diktatur durch diese erneute Welle der brutalen Unterdrückung ersticken zu können. Auch die geplanten neuen faschistischen "Anti-Terror-Gesetze", die für Spanien praktisch zwei Jahre den Ausnahmezustand bedeuten, werden den Kampf des Volkes nicht unterbinden können. Das Gegenteil ist der Fall. Das spanische Volk verstärkt seinen Befreiungskampf gegen das faschistische Regime und dessen Oberherren, die US-Imperialisten, die Spanien zu ihrer Halbkolonie gemacht haben. Immer mehr Spanier nehmen mit der FRAP den Kampf für den Sturz des Franco-Faschismus und die Errichtung einer föderativen Volksrepublik auf. Immer häufiger begegnen die spanischen Patrioten dem faschistischen Terror mit revolutionärer Gewalt. Seit dem 14. Juli fanden eine Reihe von bewaffneten Aktionen statt, die von Kommandos der FRAP durchgeführt wurden und die die volle Unterstützung der werktätigen Bevölkerung fanden:

Erfolgreiche bewaffnete Aktionen der FRAP

Am 19. Juli schoß in Madrid eine bewaffnete Gruppe der FRAP einen Polizisten nieder und verletzte ihn schwer.

Am 2. August erschossen junge antifaschistische Kämpfer der FRAP im Stadtteil Carabanchel (Madrid) einen Polizisten und verletzten einen anderen schwer.

In Barcelona besetzte ein Kommando der FRAP eine Polizeiwache, setzte die Räu-

me in Brand und hißte die republikanische Fahne. In Valencià wurde am 4.8. das Kommissariat Grao Cabanal angegriffen, ein ziviler Polizist wurde am Bein verletzt.

Am Freitag, dem 15.8., wurde in Madrid ein Offizier der Guardia Civil mittags um 12.30 Uhr hingerichtet. Das Kommando der FRAP, das diese Aktion durchführte, ließ im Stadtteil Flugblätter zurück. Als die Polizei die Bevölkerung befragte, wer etwas gesehen habe, gab niemand eine Antwort.

Am 21.8. drangen vier FRAP-Genossen als Offiziere und Soldaten verkleidet in eine Kaserne ein, überfielen die im Erdgeschoß anwesenden Soldaten und erbeuteten eine Reihe von Waffen. Sie konnten unerkannt entkommen.

Das Franco-Regime versucht nun, für alle diese Niederlagen an den Gefangenen Genossen blutige Rache zu nehmen. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß es nicht davor zurückschreckt, Revolutionäre und Kommunisten zu Tode zu foltern, auf offener Straße zu erschießen oder sie mit dem Würgeisen umzubringen; deshalb ist es die Aufgabe jedes Revolutionärs, jedes Antifaschisten in der Bundesrepublik, den blutigen Terror des spanischen Faschismus anzuprangern und für die sofortige Freilassung der inhaftierten Patrioten zu kämpfen. Die internationale Solidarität ist eine Waffe, die dazu beitragen kann, die vom Tode Bedrohten zu retten.

Kommt zu den Demonstrationen gegen den geplanten Mord an den fünf Genossen der FRAP!

6.9., 12.00 Uhr Düsseldorf vor dem Hauptbahnhof. Zur gleichen Zeit außerdem in Frankfurt, München und Westberlin.

Freiheit für Garmedia und Otaegui!

Ein weiterer Prozeß vor einem Madrider Militärgericht, in dem der Staatsanwalt ebenfalls die Todesstrafe gefordert hat, findet am 28.8.75 gegen die Genossen Garmedia und Otaegui statt. Dieser Prozeß sollte ursprünglich bereits im Frühsommer stattfinden und war dann mehrmals verschoben worden. Der Genosse Garmedia, der bei seiner Festnahme einen Kopfschuß erhalten hatte, unter dessen Auswirkungen er noch heute schwer leidet - er kann praktisch nicht mehr sprechen -, soll zum Tode verurteilt werden, weil er angeblich einen Polizisten hingerichtet hat. Den Genossen Otaegui wollen die Faschisten ermorden, weil er Garmedia versteckt hatte.

**Abonniert
die Zeitung der
Roten Hilfe
Deutschlands**

Roten Hilfe

Abonnementspreis für 1 Jahr:
Einzelabo: 10 DM (einschl. Porto)
Ab 5 Stück: 6 DM je Abo, zuzüglich Porto.

Bestellt das Programm und Statut der RHD.

Bestellungen an:

**RHD
46 Dortmund
Dorstfelder Hellweg 22**

Bestellschein

A) Probenummer B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial Ich möchte besucht werden

Name, Vorname:

Beruf:

Postleitzahl/Ort:

Straße:

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum: Unterschrift:

IMPRESSUM

Herausgeber:

Zentrale Leitung der Roten Hilfe Deutschlands

Selbstverlag

Verantwortlicher Redakteur: Dieter Kwoll

Druck: Alpha-Druck GmbH-Dortmund

Redaktion und Vertrieb: Büro der RHD.

46 Dortmund, Dorstfelder Hellweg 22

KONTAKTADRESSEN:

Bremen: Stammtisch jeden 1. Montag um 19 Uhr im Landheim Waller Fleetstr.

Bochum: Stammtisch jeden Sonntag, 11 Uhr, Bo-Langendreer, Gaststätte "Koke", Ecke Wittenberg/Wartburgstr.

Dortmund: Büro Dorstfelder Hellweg 22, Mi 17-19 Uhr und Sa 11-13 Uhr.

Hamburg: Stammtisch jeden 1. Sonntag, 11 Uhr, Gaststätte Holsten-Bier Ecke Kieler Str./Langenfelder Dam

Hannover: Stammtisch jeden Freitag 19 Uhr, Hann.-Linden "Pariser Platz" Ecke Kirchstr./Davenstädterstr.

Kassel: Jeden Freitag 20 Uhr, Gaststätte "Kelim", Bürgermeister-Brunner-Str.

Kiel: Buchladen J. Hauberg, Gutenbergstr. 46, Mi und Fr von 16-18 Uhr

Lübeck: Stammtisch jeden Donnerstag 19 Uhr, im "Alten Stecknitzfahrer Amtshaus" Hartengrube

Marburg: Stammtisch jeden Montag 20 Uhr, "Lahnbrücke" Gisselberger Str.

München: Stammtisch jeden Donnerstag 19 Uhr, Gaststätte "Keferloher" Ecke Schleißheimer Str./Frankfurter Ring

Münster: Stammtisch sonntags 11 Uhr, "Augustenburg", Ecke Augustastr./Friedrich-Ebert-Str.

Recklinghausen: Stammtisch jeden 1. Donnerstag, 19 Uhr, Haus Fuchs, Hochlarmarkstr.

Tübingen: Stammtisch jeden 2. Mittwoch, 13.30 Uhr, im "Herzog Ulrich", Ulrichstr. 11

Westberlin: Büro Berlin 65, Reinickendorfer Str. 48, Eingang in der Gottschedstr., Öffnungszeiten Di und Do 17-19 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

SPENDENKONTO DER RHD:
Stadtparkasse Gelsenkirchen
122 001 729, Held